



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlamentsdirektion

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wien, 29. Oktober 2009
GZ. 13026.0036/14-L1.3/2009

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 28. Oktober 2009 im Zuge der Beratungen über die EU-Vorlage

RAT 12942/09

Tagung des Europäischen Rates am 29./30. Oktober 2009 – Entwurf der erläuterten Tagesordnung

(17860/EU XXIV.GP)

mehrheitlich eine Ausschussfeststellung, die in der Anlage enthalten ist, sowie deren Veröffentlichung als Kommuniqué beschlossen.

Die Parlamentsdirektion beehrt sich, hievon Mitteilung zu machen.

Für die Parlamentsdirektion:

Dr. S. Janistyn
Parlamentsvizedirektorin

Anlage

Europäische Kommission – sg-national-parliaments@ec.europa.eu

Hauptausschuss des Nationalrates in EU-Angelegenheiten
Ausschussfeststellung vom 28. Oktober 2009

Da nach allgemeiner Einschätzung nun doch der Vertrag von Lissabon in Kraft treten wird, geht es beim kommenden Europäischen Rat auch darum, die Voraussetzungen für einen reibungslosen Übergang zur Einführung der neuen Bestimmungen zu schaffen:

Unter anderem ist auch darauf zu achten, dass unverzüglich Durchführungsbestimmungen zur Umsetzung der „Europäischen Bürgerinitiative“ mit klaren, einfachen und nutzerfreundlichen Bedingungen für die Wahrnehmung dieses Bürgerrechts vorgelegt werden, damit auch in den nationalen Wahlordnungen die entsprechenden Voraussetzungen so bald wie möglich gesetzt werden können. Die österreichische Bundesregierung soll dabei den Nationalrat kontinuierlich über den Fortgang der Verhandlungen über diesen Gegenstand informieren.